

Der Einfluss der Bürger muss gestärkt werden!

Am Tag der Verbände im Januar 2010 beschäftigten sich die katholischen Verbände in der Diözese Rottenburg-Stuttgart unter dem Motto „Gut Leben statt viel haben oder Geld regiert die Welt?“ mit den Auswirkungen der globalen Krisen. Ein Schwerpunkt lag auf der Finanz- und Wirtschaftskrise. Die Beiträge und die Diskussion fassen wir in der folgenden Erklärung und den Forderungen der ako zusammen:

- Deutlich wird die weltweite Finanzkrise in der Macht der übermächtigen Finanzinstitute, die die Gesellschaft in Geiselnhaft genommen haben. Sie haben die Politik unter Druck gesetzt, ihre Spekulationsverluste kommenden Generationen aufgebürdet und gesellschaftliche Verantwortung verweigert. Gewinne und Zinsen werden auf Kosten der Armen erwirtschaftet. In diesem Spekulationssystem haben auch die Landesbanken ihre Unschuld und das Vertrauen verloren. Die Banken haben einen öffentlichen Auftrag und dürfen ihr Handeln nicht an der eigenen Gewinnmaximierung ausrichten.
- Öffentliche Güter wie Wasser und Energie, Bildung und Krankenversorgung, ja die Natur selbst, werden durch Privatisierung dem Gesetz des Profits unterworfen.
- Die aktuelle Klima-, Finanz- und die Wirtschaftskrise belegt ein Scheitern des auf Wachstum basierenden Wohlstandsmodells der Industrieländer in der EU und der USA. Wachstum muss für ein zukunftsfähiges Deutschland neu definiert werden und sich an dem Modell einer ökologisch–sozialen Marktwirtschaft messen lassen. Der Berg von ökonomischen, ökologischen und sozialen Problemen fordert die Bürger zu einer Debatte heraus, wie wir zukünftig Kapitalismus und Gerechtigkeit, Globalisierung und Regionalisierung gestalten wollen. Die Katholische Soziallehre gibt uns dazu Prinzipien an die Hand.
- Mit den südwestdeutschen Bischöfen rufen wir die Bürger auf sich in die Diskussion, um die Auswirkungen der Krisen mit Mut und als Gestalter einzumischen. Glauben ist keine Privatsache, sondern ein öffentliches Bekenntnis zu christlichen und ethischen Werten. Dies wird konkret, wenn das Geld nach Kriterien und Werten des nachhaltigen, ethischen und sozialen Investments angelegt wird.

Von uns selbst fordern wir,

- dass wir nur Finanzprodukte kaufen, die wir durchschauen und möglichst keine Kredite für Konsumgüter aufnehmen;
- dass wir beim Einkaufen mehr darauf achten regionale, ökologische und unter gerechten Bedingungen produzierten Produkte gekauft werden;
- dass wir als Aktionäre kritisch die Unternehmen, Banken und Fonds begleiten und die Unternehmenspolitik in Hauptversammlungen durch Anträge der Banken oder der „Kritischen Aktionäre“ mitbestimmen;

- dass unsere Kirchensteuergelder nur ethisch angelegt und ein transparentes Anlageportfolio dem Diözesanrat vorgelegt wird;
- dass sich die Unsicherheit, die Angst und das Misstrauen in der Politik in Engagement wandelt.

Von der Politik fordern wir,

- dass Kommunen, öffentliche Einrichtungen und kirchliche Träger nachhaltig, regional, ökologisch und fair einkaufen (Beispiel: Neuss, Fürstenfeldbruck, ...);
- dass Bürger, die Strom sparen, Anreize und Belohnung bekommen. (Beispiel: Basel)
- dass ein verlässliches Sozialsystem aufgebaut wird, das Arme, Sozialschwache und Bedürftige auch in der Krise unterstützt;
- dass das solidarische Rentenmodell der katholischen Verbände in Deutschland eingeführt wird und die Sozialsysteme nicht weiter privatisiert werden und so zu neuen Finanzspekulationen führen;
- dass Klimagerechtigkeit durch eine Förderpolitik erzeugt wird, die keine Anreize für Klimaschädigungen verstärkt, dass nach neuen Energietechniken geforscht und am Atomausstieg festgehalten wird;
- dass ein globales Wirtschaftshandeln im Dialog in gleicher Augenhöhe mit den Schwellen- und Entwicklungsländern stattfindet. Einseitige Wirtschaftsinteressen der Industrieländer dürfen nicht in den Irak, nach Afghanistan oder andere Konfliktgebiete getragen werden. Deutsche Rüstungsexporte, auch aus Baden Württemberg, müssen gestoppt werden. Krieg und Terror sind keine Lösungen für Konflikte;
- dass eine neue Finanzarchitektur geschaffen wird, mit einem öffentliche „Finanz-TÜV“ für sogenannte innovative Finanzprodukte, einer höheren Eigenkapitalquote der Banken, einer Börsenumsatzsteuer für sekulative Finanzgeschäfte, und einer Boni-regelung für Banker die sich am öffentlichen Auftrag der Banken orientiert.

Von den Tarifpartnern fordern wir,

- dass in der Wirtschaft das Modell des „ehrbaren Kaufmanns“ gelebt wird und dass ethische Werte in der Unternehmensführung global diskutiert und eingeführt werden;
- dass „Gute Arbeit“ konkret wird, wenn Arbeitnehmer in Ihren Unternehmen beteiligt werden, mitbestimmen können und eine neue Unternehmenskultur, besonders in Großbetrieben, Einzug hält.

Deshalb unterstützt die ako und aktion hoffnung e.V. Bürgerbewegungen, Stuttgart Open Fair zum Weltsozialforum und entwicklungspolitische Initiativen und Partnerschaftsprojekte von Verbänden, Gemeinden und Dekanaten.

Es geht uns um ein zukunftsfähiges Deutschland.